

15. / IV. 1917.

116

**Die geplante Einschränkung der Gasabgabe für Koch- und Heizwecke.**

Wie uns aus unterrichteten Gemeinderatskreisen mitgeteilt wird, hat der Bürgermeister die Obmänner des Gemeinderates für nächste Woche abermals zu einer Konferenz einberufen. Auf der Tagesordnung wird ein für die Bevölkerung wichtiges Referat stehen, betreffend die geplante Einschränkung der Gasabgabe für Koch- und Heizwecke. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderates hat Vizebürgermeister Hoff anlässlich des Referats über die Bilanz der städtischen Gaswerke eine Andeutung gemacht, es werde mit Rücksicht auf die Kohlenknappheit vielleicht notwendig sein, Einschränkungen in dieser Richtung für den kommenden Winter zu treffen.

Dem Vernehmen nach hat der Bürgermeister schon jetzt Aufträge gegeben, um die Bevölkerung rechtzeitig von den eventuell geplanten Einschränkungen zu unterrichten. Sache der Obmännerkonferenz wird es sein, die in Aussicht genommenen Vorschläge zu genehmigen, worauf die Angelegenheit an den Stadtrat und den Gemeinderat geleitet wird. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, werden gegenwärtig in Wien für Kochwecke 45 Millionen Kubikmeter Gas abgegeben, für Heizwecke 30 Millionen Kubikmeter im Jahre. Infolge der Kohlenknappheit und des Mangels an Petroleum und Spiritus findet seit geraumer Zeit in Wien ein enormer Gasverbrauch statt. So wurden diesmal im Monat April täglich 750.000 Kubikmeter Gas abgegeben, um 29 Prozent mehr als im April des vorigen Jahres.

Es soll deshalb dem übermäßigen Gasverbrauche gesteuert und Ersparungen in die Wege geleitet werden. Das muß rechtzeitig geschehen, damit die Bevölkerung nicht im letzten Moment überrascht werde und weil auch im kommenden Winter mit Kohlenknappheit gerechnet werden muß.

Der Antrag, welcher der Obmännerkonferenz vorgelegt werden wird, geht nach unseren Informationen dahin: Es sei die Gasabgabe zu Kochzwecken womöglich nicht zu beschränken, weil eine solche Maßregel die Bevölkerung, besonders die breiten Schichten, empfindlich treffen würde. Dagegen seien bezüglich der Gasabgabe zu Heizzwecken die weitestgehenden Einschränkungen vorzunehmen. Es sei an die Regierung heranzutreten wegen Erlassung eines Verbotes für den Betrieb von Gasöfen.

Eine Schätzung hat bereits annähernd ergeben, daß in Wien ungefähr 9 Prozent der Gasabnehmer in ihren Wohnungen und Betriebsstätten Gasöfen besitzen. Alles in allem dürften derzeit 20.000 Gasöfen in Verwendung stehen. Durch dieses Verbot würde das städtische Gaswerk jährlich 30.000.000 Kubikmeter Gas ersparen.

Zentralheizungen mit Dampf oder Warmwasser würden von den Einschränkungen unberührt bleiben.